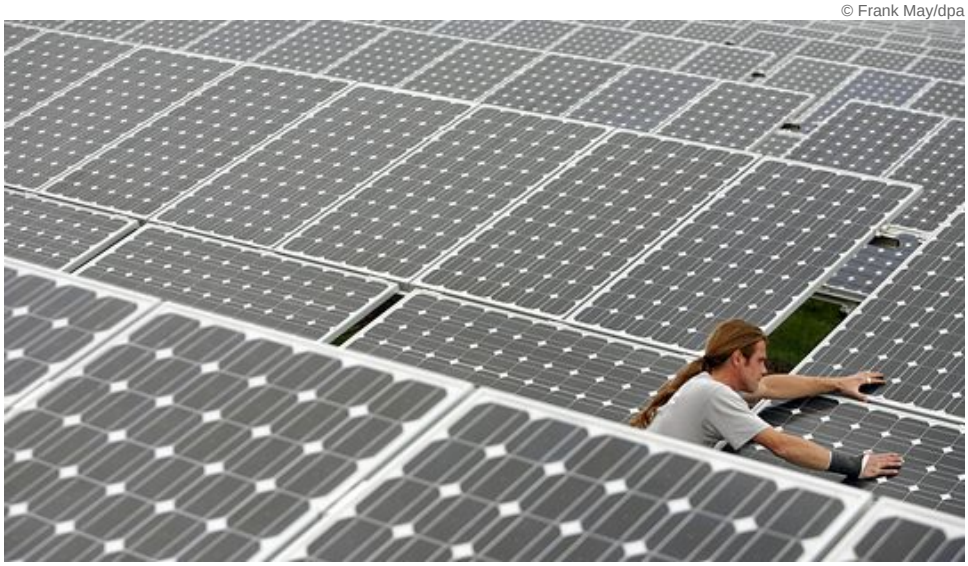
ENERGIEPOLITIK

Koalition einigt sich auf Solar-Kompromiss

Union und FDP haben sich bei der Solarförderung auf eine Mischung aus Kürzungen und Hilfen festgelegt. Die Länder konnten sich mit ihrer Kritik nicht durchsetzen.

23. April 2010 - 17:35 Uhr

© Frank May/dpa



Ein Monteur überprüft die Platten an einer Solaranlage

Union und FDP verständigten sich in langer Verhandlung auf letzte Details der Solarförderung: Im Kern bleiben trotz Kritik aus Ostdeutschland, Bayern und der Solarbranche die vom Bundeskabinett gebilligten Eckpunkte bestehen. Danach wird ab Juli die Förderung von Solarzellen auf Dächern um 16 Prozent und die der meisten Freiflächen-Anlagen um 15 Prozent gekürzt. Auf Äckern soll gar nicht mehr gefördert werden.

Geändert wurden Regelungen zum Eigenverbrauch, zusätzliche Kappungen zum Jahreswechsel wurden gemildert. Die Regierung lobte die Verständigung. Damit könne der Bundestag bald abstimmen, sagte eine Sprecherin des Umweltressorts. Geplant ist der 7. Mai. Der Bundesrat berät voraussichtlich Anfang Juni.

Um die Unterstützung besonders von Abgeordneten aus den ostdeutschen Ländern zu sichern, hatte das Bundeskabinett am Mittwoch Zuschüsse von 100 Millionen Euro für die Solarförderung beschlossen. Die Branche hat einen Schwerpunkt in Ostdeutschland.
In den Bundesländern hatte es erheblichen Widerstand gegen den Kürzungsvorstoß der schwarz-gelben Koalition gegeben. Die Länder wollten die Förderung maximal um zehn Prozent senken. Solaranlagen dürften nicht unrentabel werden, weil dadurch ein

Markteinbruch mit Arbeitsplatzverlusten von der Produktion bis zum Installationsgewerbe zu befürchten sei, hatten die Kritiker begründet.

Die Energie- und Umweltexperten der Koalition hatten nun in einer fünfstündigen Sitzung noch einmal das gesamte Paket von Koalition und Regierung vorgelegte Paket diskutiert: Während die wichtigsten Kernpunkte unverändert blieben, gab es dennoch eine Reihe von Änderungen: So verständigte man sich darauf, die zum Jahreswechsel geplanten weiteren Kürzungen zu mildern. Sollten innerhalb eines Jahres mehr als 3500 Megawatt Solarstromleistung zusätzlich ans Netz gehen, werde die Kappung nochmals um einen Prozentpunkt verschärft, ab 4500 Megawatt um einen weiteren. Bislang waren hier jeweils zwei Prozentpunkte vorgesehen.

Ein Übertreffen der 3500-Megawatt-Grenze gilt als sicher.
Beim Eigenverbrauch von Solarstrom – also nicht ins Netz eingespeiste Energie – wurden engere Fördergrenzen gezogen. Der Bonus gegenüber ins Netz gespeistem Strom von acht Cent pro Kilowattstunde soll erst ab 30 Prozent Eigenverbrauch gezahlt werden. Zudem wird die Eigenverbrauchsregel nur für Anlagen bis 500 Kilowatt gelten, bisher waren 800 Kilowatt vorgesehen. Eigenverbrauch galt als Schlupfloch, um die Förderkürzungen zu umgehen.

Die Solarförderung wird im Bundestag im Rahmen des ErneuerbareEnergien-Gesetzes (EEG) geändert. Hier sind die auf 20 Jahre garantierten Abnahmepreise für Solarstrom geregelt, die deutlich über dem allgemeinen Strompreis liegen. Die Differenz tragen alle Verbraucher über eine Umlage. Da die Kosten für Solaranlagen im vergangenen Jahr deutlich sanken, brach ein Boom aus, der auf Jahre zu Zusatzkosten in Milliardenhöhe für den Stromkunden führt. Um diese zu dämpfen, soll die Förderung nun außerplanmäßig gekürzt werden.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) gab inzwischen bekannt, die Solarförderung treibe trotz geplanter Kürzungen die Strompreise weiter in die Höhe. 2011 seien die Preise um weitere bis zu zehn Prozent über die ohnehin geplanten Strompreiserhöhungen hinaus gestiegen. Der Grund sei das enorme Wachstum von Solaranlagen, die automatisch über die Umlage der Verbraucher gefördert würden.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE, dpa, Reuters
ADRESSE: http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-04/solarfoerderung-einigung